

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postlegung ohne Befehlsliefer monatlich 1,-- M., bei Zustellung unter Postamt 1,-- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragene Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Inserate kosten die nachfolgende Preisschritte oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgesetzte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Erwerbungsbeitrag 10 Proz. Bei Familien- u. Verfammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13 Fernsprecher: Amt Norden 9766

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Der Beginn der Verhandlungen.

Berlin, 11. August. (RUB) Heute nachmittag fand im Gebäude des ehemaligen Herrenhauses die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt. Deutscherseits waren Vertreter aller beteiligten Reichs- und Staatsbehörden, sowie der Behörden der Abtretungsbezirke erschienen. Die polnische Kommission besteht aus fünf führenden Delegierten, mit dem Unterstaatssekretär Herrn Dr. v. Brodzki an der Spitze, sowie 40 Assistenten. Seitens der interalliierten Militärmission waren acht Herren zugegen.

Der amerikanische Vertreter von Daniels eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Absichten der Zentralregierung der Republik Polen und des Obersten Polnischen Volkstages in Polen, sowie die Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte begrüßte. Er wies darauf hin, daß die deutsche Regierung mit überaus schmerzlichen Empfindungen in die Verhandlungen eintritt, gleichwohl aber alles tun werde, um die Verhandlungen zu einem für beide Völker befriedigenden Ende zu führen. Es sei die Pflicht beider Regierungen, gleichzeitig für ein besseres Verhältnis zwischen den Völkern zu sorgen, die Wünsche der Allgemeinheit aufzunehmen und zur Erfüllung zu bringen. Ein Hauptwunsch des deutschen Volkes gehe dahin, daß unsere Volksgenossen, die hinsichtlich Angehörige der Polnischen Republik werden, dort als gleichberechtigte Bürger den Schutz ihrer kulturellen Güter genießen. Als Beispiel der Lösung bezeichnet er den Gedankengang des Abgeordneten des Herrn Reichsminister Müller, daß unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten von dem guten Willen für gegenseitige Verständigung und von dem Geiste aufrichtiger und ehrlicher Friedensliebe besetzt sein müsse.

Der Vorsitzende der Polnischen Delegation begrüßte in seiner Erwiderung die deutsche Delegation, sowie die Vertreter der interalliierten Militärmission und versicherte im Namen der Polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste aufrichtiger Verständigungswillens zu führen entschlossen sei; sie würde sich glücklich schätzen, wenn diese erste gemeinschaftliche Verhandlung dazu dienen könnte, eine Grundlage für ein gutes nachbarliches Verhältnis zu schaffen. Jedenfalls würde sie die künftige dem polnischen Staate angehörenden Bürger deutscher Abstammung in loyaler Weise in jeder Beziehung als gleichberechtigte Mitbürger betrachten und behandeln. Jeder polnische Staatsangehörige sollte die Freiheit genießen, die das durch den Friedensvertrag besetzte und wieder vereinigte Polen von jeder allen Mitbürgern gewährt habe.

Der italienische General Mancibenga dankte in Vertretung des zur Zeit von Berlin abwesenden Chefs der interalliierten Militärkommission, General Dupont, für die in den Ansprachen der Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen gemachten Begründungen und erklärte seitens der interalliierten Mission werde alles geschehen, um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen und zu fördern.

Nachdem dann der Zusammenritt einer Kommission zur Aufstellung des Verhandlungsprogramms auf Dienstag vormittag vereinbart worden war, wurde die Sitzung geschlossen.

Über den Gegenstand der Beratungen mit der polnischen Delegation ist am Montag in Berlin begonnen haben, teilt das „Berliner Tageblatt“ mit:

Zu erster Reihe handelte es sich bei diesen Verhandlungen um die Klärung der Lage für diejenigen Deutschen, die sich erst nach dem 1. Januar 1908 in den abzutretenden Gebieten angesiedelt haben. Sie wollten nach dem Friedensvertrag die polnische Staatsangehörigkeit nicht erwerben, und ihre Grundbesitz kann liquidiert werden. Es sei die Frage zu regeln, in welchem Umfang der polnische Staat in die Rechte des preussischen Staates gegenüber den deutschen Ansiedlern eintreten soll. Auch werde das weitere Verbleiben der deutschen Beamten auf polnischem Gebiet erörtert werden, ferner noch zahlreiche andere Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen, wie der Aufbau der Industrie, die Währungsfrage, die Kirchen- und Schulfragen und der Militärkraft.

Der Baubeamtenstreik in Hamburg.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“

Hamburg, 11. August

Alleinliche Hamburger Girobanken liegen infolge des in gestriger Abstimmung mit 1400 gegen 301 Stimmen gestrichen

Streikbeschlusses still, trotzdem die aufgestellten Streikposten durch Lettow-Truppen verhindert wurden, vor den Eingängen der Banken Aufstellung zu nehmen. Durch Intervention der Zentralleitung hat das Kommando der Lettow-Truppen angeordnet, daß die Streikposten in Zukunft nicht an der Ausübung ihrer Funktion behindert werden sollen. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Die Hamburger Bürgerwehr ist durch verteilte zehntausend Flugblätter über die Streikursache aufgeklärt. Die Stimmung der freilebenden Baubeamten ist ausgezeichnet fest und entschlossen.

Am gestrigen Sonntag von der Zentralleitung gemachter Versuch, in zwölfter Stunde den Streik abzumenden, wurde durch den Vorsitzenden der Hamburger Bauleitungen dadurch hintertrieben, daß Herr von Sydow für die Deputierten nicht zu sprechen war.

Hamburg, 11. August.

Die Bankangestellten der Norddeutschen Bank haben sich dem Ausstandsbeschluss mit 208 gegen 17 Stimmen angeschlossen. Reichswehrsoldaten bewachen die Banken, jedoch wird den Streikposten kein Hindernis in den Weg gelegt.

Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Leipzig, 11. August.

Die politischen Vorgänge in Sachsen und die Regierungskrise, die in Sachsen zu einer dauernden geworden ist, haben den Landeshauptmann der U. S. D. Sachsen veranlaßt, eine außerordentliche Landesversammlung nach Leipzig einzuberufen, um eine Entscheidung über die Frage einer eventuellen Beteiligung an der Regierung herbeizuführen. Der Eröffnung der Konferenz gab der Landesorganisationsvorsitzende Lipinski in der Einführung der Landesversammlung über die Lage der sächsischen Regierung gegenüber den Vorgängen in Gemüth Ludendorff und sprach der Chemnitzer Arbeiterschaft die Sympathie der Landesversammlung aus. Der Bericht des Landesvorstandes verzeichnet ein eifrigstes Anwachsen der U. S. D. in allen Kreisen. Am 1. Juli 1919 bestanden in Sachsen 284 Ortsgruppen mit 61 074 Mitgliedern. An den Bericht des Landesvorstandes knüpfte sich eine längere Aussprache, in der die Stellung der Partei zur Jugendfrage im Vordergrund stand. Von den einzelnen Rednern wurde hervorgehoben, daß die Selbständigkeit der Jugendorganisation gewahrt werden müsse. Die bezüglichen Anträge wurden dem Landesvorstand zur Entscheidung überwiesen. Allgemein anerkannt wurde die Notwendigkeit der Fortbildung und Schulung von geeigneten Genossen für die Parteilichkeit.

Die Aussprache über die politische Lage im Reich und in Sachsen war außerordentlich lebhaft. Die Landeskonferenz erklärte eine Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten in Sachsen solange für ausgeschlossen, bis nicht der Belagerungszustand mit seinen Folgen aufgehoben und die diesbezüglichen Forderungen der Landesversammlung der U. S. D. erfüllt von den Rechtssozialisten anerkannt werden. Eine einkünftige Entscheidung über den Eintritt in die Regierung tritt in allen Fällen die Landesversammlung. Die Verhandlungen dauern fort.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Zunehmende Nervosität.

Amsterdam, 11. August.

Wie das Presbüro Nabs mitteilt, schreibt „New York World“: Der Senatstandschah für andwärtige Angelegenheiten habe den Text des Völkervertrages seit fünf Monaten, den abgeänderten Text seit fast zweieinhalb Monaten vorliegen und sei bisher noch nicht in der Lage, darüber Bericht zu erstatten. Dadurch werde der Friede der Welt verzögert. Die von den Senatoren verübte Sabotage komme dem Lande täglich auf eine Million Dollar zu stehen. Der gesamte Schaden, den die Völkerverträge in Amerika verursacht hätten, sei unbedeutend im Vergleich mit dem Schaden, den Lodge und seine Helfer angerichtet hätten.

Die Koalition unter den Senatoren habe augenscheinlich die größte Bedrohung des Weltfriedens. Jeder weitere Tag der Verzögerung bringe Amerika und Europa dem Vulkan näher.

Der Gesekentwurf über die Betriebsräte.

Die Vorlage über Betriebsräte, die jetzt veröffentlicht wird und bereits am Donnerstag in der Nationalversammlung zur Beratung steht, soll die gesekmäßige Verankerung des Betriebsrats einleiten. Im § 54 heißt es:

Mit Vollziehung der ersten Wahl nach Inkrafttreten dieses Gesetzes hören die vorhandenen Betriebsräte, die für die Betriebe errichteten Arbeiterräte und die Arbeits- und Angestelltenausschüsse zu bestehen auf.

Die revolutionären Arbeiterräte sollen also, obwohl das bisher nie unumwunden zugegeben worden ist, ihre formale Ablösung durch die geplanten Betriebsräte finden. Da die kommenden Betriebsräte nur wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, die bisherigen Arbeiterräte aber gleichzeitig auch eine politische Wirksamkeit ausüben, so wird noch darüber zu sprechen sein, wie man sich im „veranfertigten Rahmen“ den Unterbau der politischen Arbeiterrätevertretung stellt. Wir wollen uns heute nur mit den Gedankens des Gesetzes für wirtschaftliche Betriebsräte beschäftigen.

Gegenüber den bisher bekannt gewordenen Referentenentwürfen sind in der Regierungsvorlage einzelne Verbesserungen enthalten. So wurde der an dieser Stelle geübten Kritik hinsichtlich des Wahlrechtes Rechnung getragen und das Wahlalter auf 18, das Wahlberechtigtalter auf 20 Jahre herabgesetzt, die Wahlperiode auf ein Jahr verkürzt. Gleichzeitig aber haben es die Unternehmerverbände durchgesetzt, daß das passive Wahlrecht von einer sechsmonatigen Betriebs- und einer dreijährigen Berufszugehörigkeit abhängig sein soll. Die Bestimmung, daß in größeren Betrieben die Bildung von Abteilungsräten von der Zustimmung des Unternehmers abhängig gemacht wird, ist gefallen. Als bemerkenswert ist weiter festzustellen, daß grundsätzlich für Angestellte und Arbeiter gemeinsame Betriebsräte vorgesehen sind, während bekanntlich einige der demokratischen Partei nachstehende Angestelltenvereine wiederum die Trennung der Kopf- und Handarbeiter verlangten.

Der Entwurf spricht darüber nur von Angestellten und Arbeitern, während nichts darüber zu finden ist, wie die Eingliederung der Beamten des Reiches, der Gliedstaaten und der Gemeinden vor sich gehen soll. Wir verweisen nur auf die Eisenbahnen, um zu zeigen, daß Betriebsräte unter völliger Ausschaltung des Beamtenpersonals nicht gut denkbar sind. Tatsächlich haben schon bisher bei den Betriebsanstalten Beamte und Arbeiter in gemeinsamen Betriebsräten den Beweis erbracht, im Interesse der Betriebe gelegener Tätigkeit erbracht.

Entscheidend für die Beurteilung des Gesekentwurfes aber bleibt der dort aufgezählte Aufgabenkreis, der eine wirkliche Betriebsdemokratie durchaus vermissen läßt und die Kleinherlichkeit des kapitalistischen Unternehmertums keineswegs erschüttert. Die Kontrolle über die Durchführung von Tarifverträgen, die Förderung des Abschlusses von solchen, die Vereinbarung von Arbeitsordnungen und die „Mitarbeiter“ an der Einführung neuer Arbeitsmethoden bilden heute keine Errungenschaft. Eine Mitwirkung bei der Verwaltung der Betriebswirtschaftsrichtungen klingt wie Hohn, denn wenn die Arbeiter bei der Betriebsklassen usw. noch nicht einmal die Selbstverwaltung bekommen sollen, so ist schwer festzustellen, mit welchem Recht der Unternehmer sich den entscheidenden Einfluß auf solche Einrichtungen anmaßen kann.

Das Mindestmaß einer Betriebsdemokratie wäre wohl, daß die Angestellten und Arbeiter bei der Gestaltung ihres eigenen Arbeitsschicksals und dem ihrer Berufsgenossen entscheidend mitzubestimmen haben. Die Forderung nach dem vollen Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse bleibt jedoch in der Vorlage unerfüllt. Soweit ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellung und Kündigung vorgegeben ist, werden noch nicht einmal die in zahlreichen Tarifverträgen errungenen Bedingungen gewahrt. Der Unternehmer hat Zeit, bei Einstellungen dem Betriebsrat erst am Tage des Abschlusses eines Dienstvertrages Kenntnis zu geben. Bei Kündigungen soll der Einspruch des Betriebsrates keine aufschiebende Wirkung haben. Die fristlosen Entlassungen und damit die Fälle der Wsk-

Regelungen werden vom allgemeinen Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen überhaup...
bei Kündigungen überhaup...
Regelungen werden vom allgemeinen Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen überhaup...
bei Kündigungen überhaup...
Regelungen werden vom allgemeinen Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen überhaup...
bei Kündigungen überhaup...

Geben so die Betriebsräte in den sozialen Betriebsfragen wenig zu sagen, so ist ihr Kontrollrecht bei der Produktion selbst überhaupt nur Deforation. Die Erlaubnis, den Unternehmer „mit Rat unterstützen“ zu dürfen, hätte nicht erst durch den Gesetzgeber erteilt zu werden brauchen. Die Aufsichtspflicht über die Betriebsvorgänge beschränkt sich auf die „die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Vorgänge“, soweit keine „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ gefährdet werden. Dem Unternehmer bleiben also genügend Hinterlüken offen, sich der Aufsichtspflicht zu entziehen. Zwei ausbaufähige Bestimmungen sind in den §§ 34 Abs. 12 und 35 Abs. 2 enthalten, die besagen, daß der Betriebsrat die Vorlage einer Bilanz und bei Aktiengesellschaften die Aufnahme zweier seiner Mitglieder in den Aufsichtsrat verlangen kann.

Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat ist aber niemals ein Ersatz für die geforderte Kontrolle in der Leitung der Betriebe. Nur wenn der Betriebsrat durch einzelne seiner Mitglieder in der Geschäftsführung vertreten ist, um dort laufend die Betriebsvorgänge, die Kalkulation und die ganze Geschäftsführung verfolgen zu können, um gegen geplante, das Gemeininteresse gefährdende Maßnahmen Einspruch zu erheben, wäre eine Annäherung an den Gedanken gegeben. Die Befürchtungen des „Vorwärts“, daß eine unmittelbare Kontrolle der Betriebsleitung durch den Betriebsrat zum Syndikalismus führen müßte, ist unbegründet. Wir wollen keine Sozialisierung einzelner Betriebe durch ihre Belegschaft, wohl aber wird das Eindringen der Arbeiter in das innere Betriebe der Produktion ihnen eine erhöhte Befähigung verleihen, zum gegebenen Zeitpunkt selbst Träger der Produktion werden zu können. Gerade diejenigen, die immer wieder betonen, die Arbeiter seien noch nicht dazu reif, um die Produktion übernehmen zu können, müßten dafür sorgen, daß ihnen der reifliche Einblick in die Zusammenhänge des Produktionsprozesses nicht länger verweigert bleibt. Der Standpunkt, daß die technische und ökonomische Betriebsführung Privatsache des Unternehmers bleiben müsse, ist unhaltbar.

Sie wollten keinen Frieden.

Neue Enthüllungen über die Kriegsverbrecher.

Von Frieda Berlin, Vorsitzende der Ortsgruppe Stuttgart der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, senbet und folgende Zuschrift:

Die Enthüllungen Erzbergers scheinen den früheren Mehrheitsparteien, also Mehrheitssozialdemokratie, Deutschdemokratische Partei und dem Zentrum auch vollständig überraschend gekommen zu sein. Es scheint demnach, als ob die Fraktionsmitglieder dieser Parteien nicht schon im August 1917 Aufklärung erhalten hätten, daß eine klare Erklärung der damaligen Regierung über den status quo ante in Belgien den größten Einfluß für den Frieden gehabt hätte. Hierzu muß eine Aufklärung gegeben werden.

Im August 1917 erhielt die Schreiberin dieser Zeilen einen Brief, der merkwürdigerweise der Zensur entzogen war, von dem Sekretär des Niederländischen Anti-Kriegs-Road, Dr. B. de Jong van Beek en Donk, aus dem wörtlich folgende Stellen mitgeteilt werden sollen:

„Sie wollen mir gefallen, besonders darauf hinzuweisen, daß der ehemalige Premier Adolph eine direkte Frage inbetriff der deutschen Politik Belgien gegenüber an den deutschen Reichskanzler gerichtet hat und daß eine gute Antwort auf diese Frage von höchster Wichtigkeit sein dürfte. Man ist überall der Ansicht, daß Adolph gewisse Auffassungen verteilte und zu einer Verständigung bereit sein würde, wenn die Mehrheit des deutschen Reichstages zeigte, daß sie die Lage beherrscht und tatsächlich die größte Macht besitzt. Dies würde beweisen sein, wenn es der Mehrheit gelänge, eine unabweisende offizielle Erklärung über Belgien zu präzisieren. Wir, neutrale und aufrichtige Freunde eines dauerhaften Friedens, können Ihnen keinen besseren Rat geben als Sie dazu anregen, für möglichstes zu tun, um die Reichstagsmehrheit zu einem derartigen Verfahren anzuregen.“

Die vor kurzem veröffentlichten anexionistischen Treibereien Frankreichs würden damit einen sehr schroffen Gegensatz bilden, daß wir voller Zuversicht sein würden, daraufhin recht bald die Bestreitung des Weltunfriedens am Horizont erbliden zu dürfen.

Aus nebenstehender Abschrift der Antworten, die uns auf unsere Rundfrage inbetriff der internationalen Lage nach der Kanterreise zugekommen sind, werden Sie ersahen, daß das Durchsichtsurteil der Kanterreise leider ungünstig zu nennen ist. Die Rede war wegen der Erwähnung einer „Sicherheitslinie der Grenzen“ (ein Ausdruck, dessen sich eben in allen Ländern die Anexionisten bedienen, um mittels dieser Übung Gebietsänderungen zu rechtfertigen und welcher daher einen schlechten Ruf bekommen hat) und wegen der Bemerkung: „wie ich sie auffasse“ zweideutig und enttäuschend. Der Reichstagsbeschluss stimmt man allgemein zu. Es handelt sich nur darum zu wissen, welche Annahmen in Deutschland die Oberhand hat.“

Mit diesem Brief ging die Schreiberin dieser Zeilen, weil sie ihn für hochwichtig hielt, — der Vorsitzende des Anti-Kriegs-Road ist der Generalsekretär des holländischen Justizministeriums Dr. De Jong (entspricht dem deutschen Unterstaatssekretär), der schon im Juni 1915 Professor Walter Schücking und Kurt von Tepper-Laski Mitteilungen über Friedensmöglichkeiten machte — zu Herrn Reichstagsabgeordneten Reil, dem sie den Originalbrief vorlegte und ihm dringend vorstellte, alles bei seiner Fraktion zu veranlassen, daß die Mehrheitssozialdemokratie unter dem stärksten Druck, den sie anwenden könne, eine herabsetzende Erklärung von der Regierung erzwinge. Reil nahm eine Abschrift des Briefes und versprach, alles zu versuchen. Hierauf ging die Schreiberin zu dem demokratischen Abgeordneten Konrad Baummann und zeigte ihm den Originalbrief und machte die gleichen Vorstellungen, auch er versprach, alles zu versuchen. Ihm war Dr. de Jong von Beek ein Name wohlbekannt, er wußte genau, daß Dr. de Jongs Ausführungen voller Glauben gekrönt werden durften.

Ich frage nun, ist es nicht unerklärlich, daß diese Abgeordneten und, wenn sie ihre Fraktionen unterrichtet haben, diese ganzen Parteien immer und immer wieder Kriegs-Kredite bewilligten, also eine Regierung stützten, die ohne die Zustimmung der Mehrheitssozialisten gar nicht in der Lage gewesen wäre, das Volk immer weiter ins Elend hineinzuführen. Erzberger und, wie man annehmen soll, die Zentrumsfraktion wußten ebenfalls, daß eine einwandfreie Erklärung über Belgien den Frieden hätte bringen können. Wahrlich, diese Männer, diese Parteien waren so schwach der Regierung oder vielmehr der Militärdiktatur gegenüber, daß sie sich an der endlosen Verlängerung des Krieges und dem Zusammenbruch mit schuldhaft gemacht haben, wie alle anderen Fraktionen, die die Reichspolitik der Militärdiktatur stützten. Frieda Berlin, Stuttgart.

An dieser Zuschrift interessiert vor allem, daß die Führer der Mehrheitsparteien Reil, Kaufmann und Erzberger schon im August 1917 davon unterrichtet waren, daß Adolph eine direkte Frage über die deutsche Politik gegenüber Belgien an die deutsche Reichsregierung gestellt hatte und daß eine unabweisende offizielle Erklärung über Belgien von höchster Wichtigkeit war. Diese Frage bildete den Prüfstein dafür, ob es den Mehrheitsparteien mit der Resolution vom 19. Juli ernst war und ob sie die Macht und den Willen hatten, den Widerstand der Militärpartei zu brechen. Die Mehrheitsparteien bestanden diese Prüfung nicht. Obwohl sie wissen mußten, daß von ihrer Haltung das Schicksal des Friedens und das Leben von Millionen Menschen abhängig, ließen sie die Schwindelnummer „Vorwärts“ und Konfrontationen über sich ergehen und bewilligten der Militärpartei die Mittel für die Fortsetzung einer Politik, die ihren eigenen öffentlichen Erklärungen strikt zuwiderlief. Energisch waren sie nur bei der Verteidigung des „Friedenswillens“ der deutschen Regierung gegenüber der Kritik der Unabhängigen Sozialdemokratie. Sonst aber taten sie nichts, um die Regierung zu zwingen, den Weg zur Verständigung zu beschreiten. Die Führer der Mehrheitsparteien wußten, daß diese Verständigung möglich war, und wenn sie trotzdem unentwegt die Kriegskredite weiter bewilligten und das Volk zum „Durchhalten“ aufriefen, wenn sie jeden wirklichen Kompromiß gegen die Militärpartei hemmten und unterdrückten, so machten sie sich genau so mit schuldig an der Verlängerung des Krieges, wie die Herren um Michaelis, Gindenburg und Ludendorff.

Eisners Veröffentlichungen.

In der Sonntagsausgabe der „Deutschen Wta. Bzg.“ wird der Bericht des Legationsrats von Schoen in vollem Wortlaut veröffentlicht unter Hervorhebung der von Eisner fortgelassenen Stellen. Dadurch erhalten wir die Möglichkeit, nochmals unsere Meinung zu der Verleumdungskampagne gegen Eisner zu sagen, die offensichtlich zu dem Zweck ins Werk gesetzt worden ist, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf andere Dinge abzulenken.

Wir wollen zunächst betonen, daß niemals ein Zweifel darüber bestehen konnte, daß die Veröffentlichung des Berichts des Legationsrats von Schoen durch Eisner keine vorkriegliche Wiedergabe sein sollte. Aus der Besprechung, die wir am 25. November vorigen Jahres der Angelegenheit widmeten, geht das mit aller Deutlichkeit hervor. Im übrigen bestätigt die jetzige wörtliche Wiedergabe des Berichts durchaus die in unserer Sonntagsausgabe dargelegte Anschauung, daß Eisner nicht die geringste Fälschung des Textes vorgenommen hat. Die Veröffentlichungen im Text ändern nichts an der Tatsache, die Eisner beweisen wollte: daß die Berliner verantwortlichen Stellen den Krieg mit Serbien gewollt haben.

Zu derselben Schlussfolgerung wie wir kommt auch die „Bolschewik Zeitung“, die in ihrer gestrigen Abendausgabe schreibt:

„Wenn nun neuerdings festgestellt wird, daß die Eisnersche Veröffentlichung fast gekürzt war, und auch solche Stellen nicht enthielt, die zeigen, daß die Berliner Politik darauf gerichtet war, den Konflikt zu „sozialisieren“, so ändert sich nichts an der Tatsache, daß das verhängnisvolle Ultimatum von den verantwortlichen Berliner Stellen beeinflusst und gebilligt worden ist. Die Äußerungen und Beschlüsse in der Veröffentlichung der Korrespondenz Hoffmann sind gewiß nicht zu billigen, weil ein historisches Dokument im vollen Wortlaut veröffentlicht werden muß. Aber nicht der mindeste Beweis liegt vor, daß der Vorwurf der Fälschung, der gegen den toten Eisner erhoben wird, sachlich begründet ist, zumal noch nicht einmal festgestellt, ob er selbst die Bearbeitung vorgenommen oder veranlaßt hat.“

Die Entlastungskosten, die zugunsten der Kriegsschuldigen von 1914 unternommen wurde, ist also auch in diesem Falle schamlos zusammengebrochen. Die Blutschuld der deutschen Reichsherrn und ihrer Trabanten läßt sich durch keine noch so raffinierten Reinkubationsversuche aus der Welt schaffen.

Erklärung.

Wir erklären folgende Erklärung des Genossen Haase: Aus Nr. 102 des „Vorwärts“ vom 8. August etc., die fordern zu meiner Gunsten folgende Erklärung: Ich, der Herr Reil, belanzt der Deutschen Gewandtschaft in Wien. Herr Adhler, an mich ein Telegramm abgehandelt hat, in dem er mich wegen meiner Anzeigung seiner Berichterstattung in der „Nationalversammlung“ anzeigt.

Das Telegramm hat mich bis jetzt nicht erreicht. Ich kann seinen vom „Vorwärts“ wiedergegebenen Inhalt nicht unbedenklich lassen.

Der Herr Reichsbeirat bildet sich ein, er brauche nur auf den Busch zu klopfen, um die Quelle zu erfahren, aus der ich meine Informationen schöpfe.

Die Angaben meiner Gewährsmänner, zu denen der von ihm genannte Dr. Mander nicht gehört, sind seit Jahren als durchaus zuverlässig erprobt.

Im übrigen weiß ich noch dem traurigen Verlauf, den die Dinge im Balkan genommen haben, selbst der politische Meinung, daß das deutsche Volk über das, was sich dort zugeht, hat, fortdauernd falsch unterrichtet ist.

Die Berichterstattung des Reichsbeirats der Deutschen Gewandtschaft in Wien stand auf der höchsten Höhe wie die offizielle Berichterstattung während des Krieges.

A. Krause, 7. August 1918.

Minister Heine als Beschützer der Agrarier.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Teltow-Beeskow am Sonntag stellte der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes Schmidt u. a. fest, daß die Reaktionen durch den kaiserlichen Landarbeiterstreik in Nummern versucht hätten, die Regierung auf ihre Seite zu bringen. Die Regierung sei gegen die reaktionären Mäcker nicht in dem Maße eingeschritten, wie es notwendig gewesen wäre. Die Regierung habe gewußt, was vorgehe, sie sei aber nicht rechtzeitig eingeschritten.

Die Regierung wird nicht umhin können, sich zu dieser schwerwiegenden Anklage zu äußern. Ebenso wird sie sich aber auch nicht über die Anklage hinwegsetzen können, die im „Volkswillen“, dem sozialdemokratischen Organ für Medienburg-Stress, gegen den Minister Heine erhoben wird, der unehrlich als Beschützer des reaktionären Landbundes auftritt und die agrarische Hebe gegen die Landarbeiter fördert. Folgende Tatsachen werden im „Volkswillen“ festgestellt:

Am 17. Juli fand in Berlin im Oberpräsidium eine Besprechung statt, die zur sofortigen Aufhebung des Besetzungszustandes und anschließend des Generalkriegs führte. Zu dieser Besprechung waren auch Reichsleiter abgehandelt von der obersten Regierungsstellen in Berlin. Eine der Friedensbedingungen war die ausdrückliche Gewährung der Forderung der Arbeiter, daß der Kreissekretär Krug in Franzburg, der von den Vertretern der Arbeiterschaft als die treibende Persönlichkeit bezeichnet war, sofort abberufen werden sollte. Das war ausdrücklich zugesichert.

Dieser Kreissekretär befindet sich noch heute im Amt. Ja, noch mehr: Der Preussische Minister des Innern, Wolfgang Heine, hat einen Bericht über die Vorgänge des Streiks eingeholt. Dieser Bericht wurde erstattet von — eben diesem Kreissekretär Krug! Weiter ist beachtlich: Der reaktionäre Landrat des Kreises Franzburg ist am 21. Juli dem „Genossen“ Heine in Berlin empfangen worden, und zwar zu einer sehr ausführlichen Besprechung. Daß von der anderen Seite der „Genosse“ Heine eine Persönlichkeit empfangen hat, ist nicht bekannt geworden, geschweige denn eine Persönlichkeit aus dem Lande, die ihn auf eigener Wahrnehmung berichten konnte. Wohl aber sei hiermit öffentlich festgestellt: Genosse Dr. Janßen von der Bezirksleitung der Arbeiterräte des Regierungsbezirks Straßburg hat, nachdem bekannt wurde, daß der Franzburger Landrat bei Heine gewesen, zwei Tage in Berlin gewohnt, um den „Genossen“ Heine zu sprechen, der in Berlin anwesend war. Er ist nicht empfangen worden.

So weit diese wenigen Tatsachen. Sie verdienen, bei Deffentlichkeit unterbreitet zu werden. Von weiteren Dingen, bemerkt der „Volkswille“, wird man in gegebener Zeit sprechen. Es siehe fest: der Vorpommersche Rechtskampf der Landarbeiterschaft ist keineswegs erledigt und beendet. Mag sein, daß er mit anderen Mitteln weiter fortgeführt werden muß und an anderer Stelle. So viel siehe fest: hier sei einmal die Gelegenheit gegeben, in aller Klarheit und Schärfe vor aller Deffentlichkeit festzustellen, was in Preußen vorgeht, welche Kräfte und welcher Wille am Werk ist. Woraus diejenigen, die die Errungenschaften der Revolution unter allen Umständen aufrecht zu erhalten willens seien, ihre Schlüsse ziehen werden — hoffentlich nicht nur in Preußen!

Wir haben diesen Äußerungen des rechtssozialistischen Organs nichts hinzuzufügen. Sie zeigen erneut mit aller Deutlichkeit, daß die Logik des Klassenkampfes die Arbeiterschaft in steigendem Maße zwingt, gegen die rechtssozialistischen Beschützer der Reaktion Stellung zu nehmen. In der Landarbeiterschaft, die noch nicht durch die Säule der wirtschaftlichen und politischen Organisation gegangen ist, findet die rechtssozialistische Partei zur Zeit ihre Hauptstütze. Aber die rechtssozialistische Regierung, und insbesondere der durch und durch reaktionäre Minister Heine, tut alles, was in ihren Kräften steht, um auch den Landarbeitern die Erkenntnis einzubämmern, daß sie in dieser Partei, die schändlich die Interessen der Arbeiter verrät, nichts zu suchen haben.

Bei der unaufhörlich heraufziehenden Auseinandersetzung zwischen den immer frecher auftretenden Agrariern und den Landarbeitern wird die Regierung wohl noch manche Ueberraschung erleben.

Die Monarchisten sind bereit.

Wir fahnen jüngst unter dem Titel „Die Wagnisse der Morgenluft“ die Stimmen der Freunde zusammen, die die Monarchisten Deutschlands über den Sieg der Gegenrevolution in Ungarn erlösen ließen. Wir deuteten an, daß diese Freunde nicht selbstlos ist, und daß die Herren neue Hoffnungen für den Monarchismus auch bei uns schöpfen. Ein klarer Beweis für diese Hoffnung steht in der „Täglichen Rundschau“ vom 11. August:

„Recht geben die Machthaber der weltlichen Demokratie daran.“ So wies diese Tage selbst der „Vorwärts“, auf den Einnahmen Sozial-Angelegenheiten einen neuen Habitus aufzurichten — und das geschieht, während die Internationale in Luzern berät.“ Die Ententekräfte werden, wenn ihnen die Zeit gekommen scheint und die Sozialdemokratie ihre Unfähigkeit zu regieren und das Volk zur Arbeit zu bewegen, weiter erweist, noch manches andere tun und sich wenig darum kümmern, was die Kontraste herauf.

Unsere monarchistischen „Patrioten“ sind ebenso charakterfest wie die ungarischen. Die Frucht der Gegenrevolution — ihren Kaiser — würden sie sogar aus der Hand der verhassten Entente entgegennehmen.

Zum Steuerbetrag Augusts von Sachsen.

In der Vermögensübersicht des ehemaligen Königs von Sachsen berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger“, daß die Verschlebung durch den Prinzen Wied erfolgte, der ehemals Fürst von Albanien war und seit geraumer Zeit nicht mehr deutscher sei. Durch diesen jämmerlichen Ausweg, den einen Täter als Ausländer erweisen zu lassen, soll offenbar die Verschlebung dieser schändlichen Tat dargelegt werden. Diese Nachricht zeigt so recht deutlich die ganze Schamlosigkeit der deutschen Herrscher, die gerne ihre sonst so gepriesenen Deutschthum von sich werfen.

Morgen, Mittwochabend 7 Uhr: Zahlabend in Gr.-Berlin u. Spandau

Jene zweifelhafte inspirierte Nachricht des reaktionären „Sozial-Angebot“, die also die Verschönerung an sich vollkommen zuzieht, zeigt auch, daß die Meinung der öffentlichen Presse, die den ganzen Fall als unwahr hinzustellen suchen, jeder Berechtigung entbehren.

Neues zum Fall Adel.

Jetzt steht auch für die Staatsanwaltschaft fest, daß die Anklage gegen Adel nicht durchgeführt werden kann. Er wird in den nächsten Tagen endlich außer Verfolgung gesetzt werden. Die monatelange Untersuchung gegen den „Weltverbrecher“ Adel, wie ihn seine Genossen hat, hat nicht das Geringste ergeben, so daß nicht einmal die Staatsanwaltschaft auch nur gegen ihn Anklage erheben kann. Trotzdem wird der freie Verkehr Adels mit seinen Verteidigern noch jetzt beschränkt. Da der Hofbefehl gegen Adel seinerzeit nicht wegen Mord, sondern auch wegen Verdunkelungsgefahr erlassen war, konnte der Untersuchungsrichter nach Paragraph 148 der Strafprozessordnung immerhin anordnen, daß den Untersuchungen mit den Verteidigern einige Gerichtspersonen beizuwohnen. Von dieser Bestimmung machte der Untersuchungsrichter Gebrauch, weil er glauben mochte, Adel eine strafbare Handlung nachweisen zu können. Jetzt aber hat sich dieser Glaube als irrig erwiesen. Die Voruntersuchung ist geschlossen. Untersuchungsmaßnahmen werden gegen Adel gar nicht vorgenommen werden. Trotzdem wurde noch Sonnabend dem Verteidiger Adels, Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, verweigert, Adel allein zu sprechen. Der Protest des Verteidigers wurde nicht beachtet. Es wird endlich Zeit, daß dem unschuldig monatelang in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten Adel, das ihm nach der Strafprozessordnung zustehende Recht auf freien Verkehr mit seinen Verteidigern eingeräumt wird.

Nachmals der Wiederaufbau.

Obwohl der Gewerkschaftskongress sich einmütig dafür ausgesprochen hat, daß bei dem Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien das Gewinnstreben des privaten Unternehmertums ausgeschaltet wird, sind rechtssozialistische Kreise eifrig am Werk, den Widerstand gegen diese Forderung durch ihre Haltung zu stärken. In einer Besprechung, die der „Vorwärts“ dem gestrigen von uns wiedergegebenen Leitartikel von Aufhäuser widmet, meint er, daß eine gewisse Veteilung des Privatkapitals unerlässlich sei und bezeichnet die Forderung nach seiner völligen Ausschaltung, die in Heberer'scher Stimmung mit dem Gewerkschaftskongress erhoben wird, als eine „Utopie einiger Leute“.

Wir begnügen uns mit der Feststellung dieser Tatsache, die um so bemerkenswerter ist, als selbst die „Frankfurter Zeitung“ in einer ausführlichen Besprechung der amtlichen Denkschrift über den Wiederaufbau schreibt, daß man dem Grundgedanken der Denkschrift, als geeignetste Form des Wiederaufbaus sei der rein staatliche Betrieb anzusehen, zustimmen müsse.

Zum Streit der Kassarbeiter.

Vom Bezirksarbeiterrat Halle wird uns geschrieben:

Weder den Streit der Kassarbeiter werden in der bürgerlichen Presse unwahre Berichte veröffentlicht. Auch der „Vorwärts“ brachte in seiner Nummer vom 9. August die Nachricht, daß der Streit bereits verunglückt sei, da von insgesamt 200 Werken sich nur noch höchstens 15 im Ausstand befänden. Demgegenüber sei festgestellt, daß von ungefähr 134 Kassenwerken am Sonnabend, den 9. August, etwa 50 Werke streikten. Außerdem befinden sich die Arbeiter der gesamten Chemischen Industrie und der Metallindustrie von Stettin im Streit. Die Braunkohlearbeiter des Mitteldeutschen Bezirkes haben durch eine Erklärung zu erkennen gegeben, daß sie die Forderungen der Kassarbeiter als berechtigt anerkennen und bereit sind, die Streikenden mit allen Mitteln zu unterstützen. Gegenwärtig befinden sich etwa 25-30 000 Mann im Ausstand.

Die Regierung ist über den Umfang und über die Ursache des Streiks von der Zentralregierung am 8. August nachmittags unterrichtet worden. Auch davon ist die Regierung in Kenntnis gesetzt, daß die Kassenarbeiten eingestellt werden, wenn es nicht schnell zu Verhandlungen kommt. Das ablehnende Verhalten der Regierung ist der beste Beweis dafür, daß sie nicht daran denkt, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen, sondern sich dazu begibt, die kapitalistische Wirtschaft zu stützen. Besonnen wird die Regierung bei ihrem Verhalten durch eigenartige und selbständige Gewerkschaftsführer, zu denen auch der Arbeitminister Schlieke zu zählen ist. Die Kassarbeiter sind jedermann zu Verhandlungen bereit. Schertz: die Regierung weicht auf ihrem ablehnenden Standpunkt, dann wird sie für alle weiteren Vorkommnisse die Folgen zu tragen haben.

Neue Streiks in Oberschlesien.

Kattowitz, 11. August.

Wie die Pressestelle des Staatskommissariats mitteilt, betragen heute 33 bis 40 Prozent des gesamten ober-schlesischen Kohlenreviers. Die Ausständigen fordern die WiederEinstellung der entlassenen Arbeiter und erheben Einspruch gegen den Grenzschutz, gegen die WiederEinstellung der von den Arbeitern entlassenen Beamten und gegen die Verhaftung mehrerer Obmannen.

Wie selbst aus dieser amtlichen Meldung hervorgeht, ruft die Politik des Regierungskommissars Hörning dauernd die größte Unruhe der Wirtschaftslöhner von Oberschlesien hervor.

Steuerfragen vor der Nationalversammlung

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung handelte es sich um den Entwurf des Steuerergänzungs-Gesetzes zur Veranlagung. Von den Rechtssozialisten machte der Abg. Schulz von Bedenken gegen das Gesetz geltend, mit der Vorbedingung, daß die Steuer leicht auf die Steuer abgemildert werden könnte. Wegen der Anwesenheit der Rechtssozialisten erklärte er aber, daß seine Forderung für das Gesetz stimmen werde, da es eine erhebliche Steuererhöhung für das Reich bilde. Namens der Fraktion der U. S. P. D. erklärte Genosse Penke, das Bedenken, die Grunderwerbsteuer würde auf die Mieter abgemildert, wie es so schwer, um das ganze Gesetz abzugeben. Nach einigen unbesent-

lichen Änderungen wurde die Gesetzesvorlage in zweiter Lesung angenommen.

In der Radikalisierung trat das Haus in die zweite Beratung des Entwurfs eines Tabaksteuergesetzes ein. Von den Rechtssozialisten betonte Abg. Schäfer, daß das Gesetz von Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften durchschaut und überarbeitet worden sei. Für die Verstaatlichung der Zigarettenindustrie fehle noch jede Grundlage. Genosse Kautz behauptete demgegenüber, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt sei, wie es jetzt schon für die Zigarettenindustrie bestehe. Die Vandalensteuer schaffe ein Privilegium einzelner Großbetriebe, wie es jetzt schon für die Zigarettenindustrie bestehe. Die U. S. P. D. lehnte das Gesetz ab. Nachdem noch der Demokrat Ryfke mit Genugung die ablehnende Stellung der Rechtssozialisten zu dem Tabakmonopol begründet hatte, wurde das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Zum Schluß gab es noch eine kleine Geschäftsordnungsdebatte. Präsident Behrensdorf schlug vor, für die nächste Verhandlung das Umsatzsteuergesetz auf die Tagesordnung zu setzen.

Gerade jetzt

kannst du als Mitglied der U. S. P. deinen Opferwillen bekunden!

Noch immer

fehlt dein Name auf der Mitgliederliste der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Aud doch

trägst du durch den Beitritt zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und Zeichnen von Anteilsscheinen zur Verwirklichung deiner Ideale bei.

Deshalb zeichne und werbe!

Mittwoch ist Zahlabend in Groß-Berlin. Nütze die Gelegenheit!

Die Reichsabgabenordnung.

Zusammenfassung aller Steuererlasse.

Der Entwurf der Reichsabgabenordnung ist der Nationalversammlung zugegangen. Die Reichsabgabenordnung soll zusammenfassen, was die Reichsteuergesetze an gemeinsamen Vorschriften enthalten. Darüber hinaus soll sie vor allem die Grundlage schaffen, daß die Reichsteuergesetze, insbesondere auch die neuverordneten, durchgeführt werden. Die Veranlagungs- und Rechtsmittelbehörden, denen die Untersuchung und die Entscheidung im Steuerverfahren obliegen, müssen überall in gleicher Weise eingerichtet sein und es bedarf der einheitlichen Zusammenfassung der gesamten Steuerbehörden in einer reichseigenen Verwaltung. Der ungeheure Steuerbedarf des Reiches zwingt auch dazu, die Verbrauchsabgaben auszubauen und selbst notwendige Lebensmittel zu besteuern. Eine solche Belastung darf aber der Bevölkerung nur dann zugemutet werden, wenn die anderen Steuern bis auf äußerste angespannt sind.

Der Entwurf sieht für die reichseigene Steuerverwaltung folgende Gliederung vor: 1. Reichsfinanzministerium, 2. Landesfinanzämter deren Bezirke zunächst den Ländern oder größeren Verwaltungsbezirken der Länder entsprechen sollen, 3. Finanzämter und Hilfsstellen der Finanzämter. Die oberste Leitung steht danach dem Reichsfinanzministerium zu.

Der Entwurf geht davon aus, daß Laien in sehr erheblichem Maße zur Teilnahme an der Finanzverwaltung herangezogen werden. Den Finanzämtern werden nämlich Ausschüsse, zur Seite gestellt und den Landesfinanzämtern Finanzgerichte angegliedert. Bei diesen Ausschüssen und Finanzgerichten sind Laien der Behörde organisch eingegliedert und die Sache ist so behandelt, daß den Laien bei den direkten Steuern ein überwiegendes Einfluß auf die Festsetzung der Steuern eingeräumt ist. Oberste Spruchbehörde in Steuerfällen ist der Reichsfinanzhof.

§ 5 des Gesetzes enthält die wichtige Bestimmung, daß die Steuerpflicht durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts nicht umgangen werden kann; die mißbräuchlich getroffenen Maßnahmen sind für die Besteuerung nicht zu beachten.

Von den Vätern, die den Steuerpflichtigen auferlegt werden sollen, ist besonders hervorzuheben, daß jeder, der ein Einkommen von mehr als 10 000 Mark versteuert, seine Einnahmen fortlaufend aufzeichnen soll. Weiter ist u. a. folgendes beachtenswert: Niemand darf auf einen falschen oder erdichteten Namen für sich oder einen anderen ein Konto eröffnen oder Buchungen vornehmen lassen. Wertpapiere offen oder verbrieflich hinterlegen oder verpfänden oder sich ein falsches oder erdichtetes Guthaben, Wertpapiere usw., die auf einen falschen oder erdichteten Namen angebracht sind, dürfen nur mit Zustimmung des Finanzamtes herausgegeben werden.

Die Verpflichtung öffentlicher Behörden und Beamten einschließlich der Beamten der Reichsbank, der Staatsbanken und der Schulbuchverwaltung zur Verschwiegenheit gilt nicht für ihre Auskunftsspflicht gegenüber den Finanzämtern. Für die Post- und Telegraphenbehörden und deren Beamten bleibt es bei der Unverletzlichkeit des Post-, Telegraphen- und Fernsprecheimmis.

Aus dem Artikel „Sicerecht“ ist hervorzuheben, daß eine allgemeine Begriffsbestimmung der Steuerhinterziehung aufgestellt und auch die sachliche Steuerhinterziehung unter Strafe gestellt wird. Nach den Vorschriften über das Strafverfahren sollen die Finanzämter in allen Fällen zur Untersuchung von Steuerhinterziehungsfällen berufen sein. Die Entfaltung soll ihnen auferlegt, wenn sie auf Geldstrafe oder Einziehung oder auf beide Strafen erkennen wollen. Den Angeklagten bleibt es unbenommen, das Gericht anzurufen.

Die Kontrevolution in Ungarn.

Beforgnisse der Friedenskonferenz über die Entwicklung in Ungarn.

Wien, 11. August. (H. N.)

Aus Paris wird gemeldet: Hier eingelaufene Berichte besagen, daß sich ganz Ungarn zu Kronfinanzen begeben, um der rumänischen Hebermacht die Stirn zu bieten. Die eingetroffenen alarmierenden Nachrichten lassen die Furcht vor einem neuen Krieg in Ungarn begründet erscheinen.

Die Friedenskonferenz ist sehr erregt über die Lage, die überall in Mitteleuropa die Oberhand gewinnt und die unter Umständen sehr rasche Veränderungen herbeiführen kann, wenn anderen Ländern die Möglichkeit gegeben wird, wieder die alten Herrscherfamilien als Regenten zurückzurufen, nachdem die Entente einmal genehmigt, daß ein Mitglied einer alten europäischen Dynastie als Leiter der Geschäfte in Ungarn austritt. Man erblickt hierin einen sehr gefährlichen Präzedenzfall und glaubt, daß allerlei Schwierigkeiten bevorstehen.

Besetzung Westungarns durch die Rumänen.

Das rumänische Pressebüro meldet: Auf Anordnung des rumänischen Besatzungscommandos in Ungarn werden die rumänischen Truppen Westungarns zwecks Befestigung des kommunistischen Regimes besetzen. Die rumänischen Truppen werden der Bildung einer ungarischen Nationalgarde nicht entgegengetreten.

Die Beratungen in Budapest.

Wien, 11. August. (H. N.)

Wie die Militärpost aus Budapest meldet, ist die Frage der Regierungsbildung noch nicht gelöst. Gestern fanden Konferenz statt, die hauptsächlich Lovoszy geführt hat. Die Sozialdemokraten haben bisher noch keinen Einfluß gehabt. In christlich-sozialen ungarischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Teilnahme der Sozialisten an dem zu bildenden Kabinett für die Regierung belanglos sei. Infolge der Abtrennung von sozialistischen ungarischen Industriellen beschränkt sich die Anhänger-Schaft der Sozialdemokraten in der Hauptsache auf Budapest.

Wien, 11. August.

Holländisch Neitsbüro meldet aus Paris: Die inter-alliierte Kommission in Budapest hat nach einer Konferenz mit dem Erzherzog Josef dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau einen Bericht übermittelt, in dem es heißt, daß die Vertreter der Entente vollkommen mit der neuen ungarischen Regierung einig sind.

Erneuerung des Handelsvertrages mit Serbien.

Budapest, 11. August. (H. N.) Die Agentur Dacia meldet aus Belgrad: Die zwischen der deutschen und der serbischen Regierung seit einigen Tagen gepflogenen Verhandlungen über den Abschluß eines Kompenisationsvertrages und die Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind gestern zum Abschluß gebracht worden. Gleichzeitig wurde der zwischen Deutschland und Serbien bei Kriegsausbruch bestandene Handelsvertrag erneuert.

Päpstlicher als der Papst. Die „Freie Zeitung“ hält hartnäckig an ihrer Parole fest, daß wir die Fassung der neuen Statuten der Internationalen umgestaltet hätten, und erklärt unsere Darlegung, daß der „Vorwärts“ selber dieselbe Fassung zuerst am Donnerstagabend gebracht hatte, für eine „Verfälschung unserer Leser“. Der „Vorwärts“ dagegen gibt durch sein Schweigen die Richtigkeit unserer Darstellung zu. Die „Freie Zeitung“, die ihren Rectum sofort einleiten würde, wenn sie die genannte Nummer des „Vorwärts“ nur einmal nachläse, sollte daher nicht päpstlicher sein als der Papst.

Soeben erschienen:

PROTOKOLL

über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der U.S.P.D

Berlin, 2. bis 6. März 1919

Berlin NW 6
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H.
Schiffbauerdamm 19

Preis 5,- Mark

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Hildesplatz. 7 1/2 Uhr. „Der Kuhreigen.“ Oper von W. Kienzl.

Königsgrüner Straße. 8 Uhr: Der Hüuptling.

Komödienhaus. an der Marschallbrücke. 8 Uhr: Liselet von der Platz.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.

Loosing-Theater. Sommeroperette. 8 Uhr: Die drei Mädel.

Residenz-Theater. Unter den Eichen. 8 Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf.

Wald-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf.

Residenz-Lichtspiele. Blumenstraße 10. — Nochmal verlängert. Täglich 8 und 9 1/2 Uhr.

Restaurant zum Horstberg. Falkensteiner Straße 49. Täglich Konzert.

FORTUNA-LICHTSPIELE. Müller-Strasse 12 c. Nur bis Montag das grosse Eröffnungsprogramm nach ständiger Renovierung.

Der Bettelgraf. Täglich 8 und 9 Uhr.

Freie sozialistische Jugend Groß-Berlin. Aktionsbezirk Osten. Mittwoch, den 13. August, abds. pünktl. 7 1/2 Uhr.

Gedächtnis-Abend für Karl Liebknecht. In der Aula des Gymnasiums zum Grünen Kloster.

Soeben neue Nummer erschienen: Der Sozialist. Träger Sozialistische Auslandspolitik.

Reines Gesicht. Hautarzt, Teint, weisse, glatte Haut wird in kürz. Zeit erreicht.

Vereinigung der Rechtsfreunde. Berlin N 24, Friedrichstr. 127.

Fahrräder Achtung! 3000 Fahrradumdeckungen eingebrotten.

Rosa-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Frau, die lacht.

National-Theater. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Berliner Prolet. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Wintergarten. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Schau-Burg. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Der gute Ruf. 8 Uhr: Die Frau, die lacht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Eiserstraße 83/85.

Verammlung der Eisen-, Metall-, Revolverdreher und Dreherinnen sowie Kundschleifer.

Branchen-Versammlung der Maschinen-, Motor- und Autochleifer.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Verein Berlin. Bureau: Engelstraße 15 III, Zimmer 21.

Achtung! Oblente und Vertrauensleute für das Tiefbaugewerbe.

Ungeheilte der Kriegsorganisationen! Vollversammlung.

Verband der Büro-Angestellten Deutschlands. Centralgruppe Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsgruppe Emden. sucht per sofort einen Geschäftsführer und einen Kassierer.

Kleine Anzeigen. Verkauft.

Landhausbauten. Im idyllischen Eggersdorf, am Staatsbahnhof Strausberg.

Spezial-Arzt. Dr. med. u. chir. Dr. med. Dr. med. Dr. med.

Billige Wohnungen. Patent-Schiffel.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Bezirksverband der Wahlvereine Groß-Berlin. U. S. P. D.

Karl Schrade. Sieboldstraße 1. Ehre seinem Andenken!

Bekanntmachung. betreffend den Befehl für einen verstorbenen Stadtvorordneten.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Sohnes.

Beihilfung! In der Anzeige des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zentralverbände der Kurzwaren-, Kaopf- und Galvanbrauerei, Emden.

Versammlung am Dienstag, den 12. August.

Große Versammlung. aller in den Orts-, Innungs- und Betriebsstraßenläden beschäftigten hiesigen Kollegen u. Kollegen.

Verband der Büro-Angestellten Deutschlands. Centralgruppe Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsgruppe Emden. sucht per sofort einen Geschäftsführer und einen Kassierer.

Kleine Anzeigen. Verkauft.

Landhausbauten. Im idyllischen Eggersdorf, am Staatsbahnhof Strausberg.

Spezial-Arzt. Dr. med. u. chir. Dr. med. Dr. med. Dr. med.

Billige Wohnungen. Patent-Schiffel.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Wanderverein. Probe Jugend 1919 nimmt noch Mitglieder über 17 Jahre auf.

Zentralverband der Handlungsgelhilfen. Ortsgruppe Groß-Berlin.

Anton Kuhn. Gneisenaustraße 96. Ehre seinem Andenken!

Hugo Schede. Gubener Straße 11. Ehre seinem Andenken!

Verla der Freidenker. für Feuerbestattung E.V. Sitz Berlin - Tierg. 1905.

Martha Henning. geb. Cywinski. Ehre ihrem Andenken!

Beihilfung! In der Anzeige des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Tobias Liedel. am 7. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Behördlich genehmigt. Versicherer des Vereins auf Liegen-schaften.

Allen Mitgliedern, Freunden und Gönnern der Feuerbestattung zur gel. Mitteilung, das unser Verein das erste 10000 an Mitgliedern überschritten hat.

Möbel. neu und verlieden gewesene Kleiderschränke, Vertikals, etc.

Der Spiritus. Ein. Anlz. zur Erzeugung von Karbonat, Herstellung von Rum, Cognak, etc.

Adolf Hecht. Gartenbau, Berlin-Schöneberg, 60.

Freiheit-Leser Pankow. Unsere Expedition befindet sich beim Genossen Paul Speckermann.

Arbeitsmarkt. Tüchtige Kolonnenarbeiter, Läger und Hilfsarbeiterinnen auf Rekordspitzen stellen sofort ein Robert Weiser & Co.

Redakteur. sucht Stellung (Feuilleton, Kritik) würde auch als Uebersetzer in Verlag von Werken usw. tätig sein.

Botenfrauen. in den nachstehenden Expeditionen werden 100000 eingestellt.

Wilmersdorf-Hallensee. Tüchtiger, Osthöher Straße 92.

Tempelhof. Wartsch, Werderstraße 31.

Potsdam. Donauer, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Kapitalistische Fron oder freie sozialistische Arbeit?

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

In Euren Händen und in Euren Köpfen liegt jetzt in diesen Tagen die Entscheidung über Eure Zukunft. Ihr habt jetzt die Wahl, ob Ihr auf Jahrzehnte wieder zu Ausbeutungsobjekten des Privatkapitals in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Unterarten eines demokratisch fraktionierten Obrigkeitstaates bleiben wollt, oder ob Ihr das hochgelobte Privatkapital an Produktionsmitteln beseitigen und die sozialistisch organisierte Arbeit zur Herrin eines neuen Gemeinwesens ohne Ausbeuten machen wollt.

Geht nicht blind in den Frieden hinein, wie Ihr Euch vor fünf Jahren blind in das heillosige Weltwogen habt hineinwerfen lassen!

Wie damals, so sind auch heute die Führer der bestehenden Parteien eifrig am Werke, Euch zu täuschen über die wahren Erfordernisse Eurer Interessen und über die brennende Notwendigkeit, mit dem Sozialismus, in dem allein die Gewähr einer besseren materiellen und kulturellen Zukunft liegt, ernst zu machen. Vor allem wird von regierungssozialistischer Seite Verwirrung und Aneinander in die Reihen der Arbeiter und Angestellten getragen. Nicht zuletzt ist es der regierungssozialistische Vollzugsrat, der mit den reichen Mitteln seiner Partei die Arbeiterkraft mit Flugblättern überschwemmt und der geschäftlichen Wahrheit Gewalt antut; nur zu dem Zwecke, ehrgeizigen, zur Regierungsmacht emporgestiegenen Parteipolitikern in den Verordnungsstellen des alten Staatesgebäudes zu helfen.

Diese demagogische und unehrliche Politik läuft darauf hinaus, das letzte revolutionäre Bollwerk, das dem Proletariat aus den Novembertagen geblieben ist, die Arbeiterkraft, zu zertrümmern und dadurch die Arbeiter und Angestellten zu wehrlosmachenden Objekten des noch heute in seiner ganzen Brutalität bestehenden kapitalistischen Klassenkampfes zu machen.

Arbeiter! Angestellte! Wenn Ihr diesen falschen Propheten des Sozialismus glaubt, wird Euch hinterhals die letzte Waffe, die Ihr noch für den Kampf gegen Kapital und staatliche Unterdrückung habt — die Arbeiterkraft, aus der Hand genommen. Dann wird man Euch mit einigen Scheinopferaktionen abspießen, die Eure Lebenslage nicht bessern und Euch nicht vom politischen und sozialen Nöten frei machen werden.

Arbeiter! Angestellte! Führt Euch die Geschichte der Berliner Arbeiterräte und des Vollzugsrates in den letzten neun Monaten vor Augen.

In den ersten Novembertagen waren die Arbeiterräte die Herren der politischen Macht. Sie und ihr Organ, der Vollzugsrat, ernannten und bestätigten die Regierung, die sechs Vollkommissare. Sie nahmen in dem Vertriebenen Kraft revolutionären Rechts das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in Anspruch. Aber die Räteorganisation war damals unvorberichtet und leblos getreten und heilte Schäden des Proletariats hatten in jenen Tagen für die gewaltige Bedeutung dieses revolutionären Kampfmittels kein Verständnis. So konnten die Regierungssozialisten, die bis zum 3. November Gegner jeder revolutionären Lebensäußerung des Proletariats gewesen waren, gefolgt in ihrem eigenen Parteinteresse die revolutionäre Situation ausnutzen.

Der Vollzugsrat, der in jenen Tagen gewählt wurde, setzte sich zusammen aus 14 Soldaten, 7 Regierungssozialisten und 7 Unabhängigen. Die Soldatenvertreter waren bis auf wenige Ausnahmen politisch ungeschulte und untreue Elemente, die kein Verständnis für die revolutionären Notwendigkeiten dieser geschichtlichen Epoche hatten. Sie zählten in ihren Reihen höchst zweifelhafte Persönlichkeiten. So ist eins dieser früheren soldatischen Mitglieder des Vollzugsrates noch heute als Leiter einer beschämten gegenrevolutionären Spitzelzentrale tätig. Bei fast allen Beschlüssen und Entscheidungen des Vollzugsrates schlugen sich die Soldaten fast immer auf die Seite der Regierungssozialisten.

Diese waren vom ersten Revolutionstage an bewusste Gegner des Rätegedankens. Sie und ihre Freunde traten vor dem Feinde der formalen Demokratie, der dem Proletariat niemals Erlösung von der kapitalistischen Fron bringen kann. Alle Bestrebungen der ehrlich revolutionären Elemente des Vollzugsrates, die Räteorganisation auf festen Grund zu stellen und organisch aufzubauen, wurden von den Rechtssozialisten und ihren sozialistischen Hilfspartnern vereitelt. Männer, wie der heutige Minister des Auswärtigen Hermann Müller, Männer wie ein Max Cohen, der während des ganzen Krieges den Jerschitzkrieg gegen England gepredigt hat, wichen als geschickte Anwälte des bürgerlichen Parlamentarismus, und damit des Kapitalismus, und lebten schon in den ersten Dezembertagen des vorigen Jahres den Verneinungsfeldzug gegen das Räteystem ein. Die mit Millionen aus der Reichskasse gespeiste Agitation für die Nationalversammlung begann und große Proletariatsmächte hielten an die demokratischen Rätenjüngermethoden und schiedeln damit selbst der einzigen realen revolutionären Bewegung, dem Räteystem. Jeder hat damals auch in den Reihen der unabhängigen Partei die demokratische Mission der zur Bewirtung der Gemüter mit beigetragen.

Die unabhängigen Mitglieder des Vollzugsrates haben in jenen Tagen alle Anstrengungen gemacht, die revolutionären Erregungswellen im proletarischen Interesse weiter zu treiben und auszubauen. Ihr Streben scheiterte an dem offenen und verdeckten Widerstand der Regierungssozialisten. Die unabhängigen Mitglieder des Vollzugsrates waren es, die schon in den ersten Dezembertagen auf die drohenden

Gefahren der militärischen Gegenrevolution

hinwies. Aber schon damals zeigten sich die Regierungssozialisten als Gegner der Garde-Kavallerie-Schäfers-Division, dieses Rückgrates der späteren Soldatentruppen, die die Aufgabe hatte, das revolutionäre Proletariat niederzuzwingen. Ohne Verständnis für die tiefen Ursachen der Bewegung im Januar und März d. J. wichen Männer, die noch heute dem regierungssozialistischen Vollzugsrat angehören, in Bezug auf das revolutionäre Proletariat nur von Mäulern, Plauderern und Banditen.

Als dann die Parlamente zusammengetreten waren und die Regierungssozialisten zu Gefangenen der bürgerlichen Koalition, der kapitalistischen Demokratie und des koalitionslen Jentrons wurden, schied der Kampf gegen die Arbeiterkräfte auf der ganzen Linie ein. Unter dem Protektorat Kossels ging die militärische Gegenrevolution mit Befehlungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen gegen den Groß-Berliner Vollzugsrat vor. Die regierungssozialistischen Mitglieder überden oder von all diesen Beschlagnahmen verschont. Auf der anderen Seite versuchte der Preussische Finanzminister Sadekum in Verbindung mit dem Minister des Inneren Heine, die Räteorganisation auf dem Verwaltungswege zu erschaffen. Dem Vollzugsrat wurden die Mittel verweigert und er wurde aufgefordert, das Gebäude, in dem er untergebracht war, zu räumen.

Die kommunalen Arbeiterräte waren zwischen durch Zusammenwirken der Regierung mit den reaktionären Parteiverordnungen entweder ganz beseitigt, oder zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Das gleiche Schicksal sollte den Betriebsarbeiterräten beschieden werden. Der Minister

der Kolle, Sadekum usw. von außen mußte erzwungen werden durch eine

Spaltung von innen.

Dabei die Spaltungsfaktion der regierungssozialistischen Vollzugsratsmitglieder aus nichtigen Gründen. Der Vollzugsrat ist der Beauftragte der Volksversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte. Nur diese allein kann über die Zusammensetzung ihrer geschäftsführenden Körperschaft entscheiden. Aber es sind gerade die Leute, die das Wort Demokratie jederzeit im Munde führen, die auf die elementarsten Begriffe proletarischer Demokratie pfeifen, wenn es sich um ihren Parteiegoismus handelt. Die Volksversammlung setzt sich aus rund 1000 Betriebs- Arbeiterräten zusammen. Von diesen gehören kaum 300 der abgespaltenen regierungssozialistischen und demokratischen Fraktion an. Die erdrückende Mehrheit der Groß-Berliner Arbeiterkraft steht also hinter dem rechtmäßigen Vollzugsrat. Der regierungssozialistische Vollzugsrat hat kein Recht, sich als Sachwalter der Groß-Berliner Arbeiterkraft anzupreisen; um so weniger, als die Zahl der wirklichen Arbeiter in seiner Gefolgschaft sehr gering ist.

Der regierungssozialistische Vollzugsrat wird dann aber vor, daß sie nur reine Parteilichkeit getrieben haben und noch werden. Demgegenüber sei festgestellt, daß die unabhängigen Vollzugsratsmitglieder sich nur haben lassen von den Interessen der Revolution, des Proletariats und des Sozialismus, daß sie niemals ihre Markkarte von ihrer Parteileitung entgegengenommen haben. Demgegenüber steht fest, daß die regierungssozialistischen Vollzugsratsmitglieder nur auf Anweisung ihrer Parteileitung sitzen aber Männer, die als Regierungsexecutoren oder als Parteiangestellte an der Erdrückung der Räteorganisation persönlich interessiert sind. Diesen lag in erster Linie daran, das revolutionäre Rückgrat der Räteorganisation zu brechen und die beschwommene und buchhalterische Rätepolitik der Regierung, wie sie in der Verankerung in der Verfassung und im Vertriebsgesetz-Einwurf zum Ausdruck kommt, zur Geltung zu bringen. Darum die Spaltung, darum die demagogische und heuchlerische Antidote gegen den rechtmäßigen Vollzugsrat. Durch das Ausschließen und Vertreiben von Nebenbuhlerlichkeiten und Keucherscheitern soll die Arbeiterkraft über den wahren Kern der regierungssozialistischen Hochschiffahrt getäuscht werden.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Ihr seid jetzt vor der Entscheidung! Die demokratische Verfassung hat jetzt Redekraft erhalten; aber unter dem Schein einer politischen Freiheit werdet Ihr weiter unter der kapitalistischen Anarchie leben. In der Regierung und in den Parlamenten werden die sozialistischen Interessen vorherrschend sein. Ihr werdet das sehr bald in Euren Arbeitsverhältnissen, im Ausstreifen des Unternehmertums und an den Steuerlasten merken. Demgegenüber gibt es nur ein Mittel:

Den Kassen und den Kampf für das revolutionäre Räteystem!

Der rechtmäßige Vollzugsrat Groß-Berlins wird Euch in den nächsten Tagen auffordern, mit diesem Kassen zu beginnen. Seht Euch alle zur Verfügung stellt an dieser Organisationsarbeit mit und sorgt zu Euren eigenen Kosten dafür, daß das Wort wahr werde:

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur der Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterräte der U. E. P. und die Mitglieder des Vollzugsrates der U. E. P.

Gewerkschaftliches.

Gegen die judikalistische und kommunistische Taktik.

Eine Rat befohle Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes tagte am Sonntag vormittag im Volkshaus zu Charlottenburg. Das Vollzugsratsmitglied Neumann hielt einen Vortrag über das Thema: „Brauchen wir die Zentralverbände?“ Er führte aus, daß die Aktionskraft der freien Gewerkschaften, die ursprünglich lediglich für den Massenkampf zur Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung gedacht waren, durch allmähliche Anpassung und Eingliederung in den Massenstaat gelähmt worden sei. Im Krieg habe es sich gezeigt, daß die Gewerkschaften in das Schlepptau nationalitätlicher und kapitalistischer Kreise geraten seien. In der Revolution sei von ihnen der Massenkampf vollständig ausgegeben worden und man habe die Arbeitgemeinschaften, Verbände mit den Kapitalisten, gebildet. Man müsse einen Unterschied machen zwischen den Gewerkschaften und den Gewerkschaftsleitungen. Der Sozialismus würde sich zweifellos bei einer Weiterentwicklung zu großorganisatorischen Formen das gleiche Bild zeigen als die Gewerkschaften. Man müßte Beamte einstellen, da die notwendige Arbeit nicht mehr ehrenamtlich gemacht werden könnte, und die Folge davon wäre, daß die gleiche Bürokratie entstehen würde, wie in den Gewerkschaften. Nur große Massen können in den Gewerkschaftlichen Kampf einen Erfolg erzielen. Organisierte man auf ähnlicher Basis, wie die Sozialisten dies anstreben, so erzielt man fast eine noch mächtigeren Bewegung in solche Teile gesplitterte Aktionen, mit denen die kapitalistische Klasse leicht fertig werden kann. Die Gewerkschaftsleitungen müssen in diesem von Grund auf umgebildet werden. Die Politik, die von den Gewerkschaften getrieben worden ist, habe sich als unfähig gezeigt und sei zu revolutionieren.

Es wäre ein schlechter Dienst für die Arbeiterbewegung und wenig Erfolg versprechend, wenn man sie gesplittert würde. Man müsse die Leute, die nicht im Sinne des revolutionären Proletariats handeln, von ihren Posten entfernen; dies sei erheblich leichter, als Schaffung einer neuen Bewegung. Man brauche die Gewerkschaft zum Aufbau des Räteystems. Die Betriebsräte sollen das Kampfmittel zur Zerlegung der kapitalistischen Wirtschaft werden. Der Gehesentwurf über die Betriebsräte werde von den Vertretern aller Parteien, auch der Mehrheitssozialisten, abgelehnt. Das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, auch in den die Produktion direkt betreffenden Fragen, muß vom Proletariat erobert werden. Hierbei müssen die Gewerkschaften an erster Stelle als Kampfmittel dienen. Es gelte die Erfüllung der Gewerkschaften mit revolutionärem Geist bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus.

In der Debatte trugen mehrere Redner, darunter Ernst Schulze und Horn, gegen die gewerkschaftliche Organisationsform auf und verlangten den Sozialismus. Ihnen wurde von

dem Bezirksleiter Schulz mit großer Entschiedenheit entgegengetreten. Deputierter polemisierte mit großer Schärfe gegen die Eigenbräuterei, die von kommunistischer Seite getrieben würde. Er erwähnte auch, daß der Verbandsleiter Brunner nach seinem Vorfahren in den Händen der Betriebsräte Wachs gewesen sei. Die Streiks hätten gezeigt, daß die Einseitigkeit der Eisenbahnerbewegung durch die Kommunisten eher gefördert als gefördert würde.

Trotz abstraktem Wärm und zahlreicher Angriffe auf die Versammlungs- und Verbandsleitung zeigte es sich, daß die Mehrzahl der Anwesenden nicht gewillt war, sich von den Sozialisten ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Kapitalistische Selbstherrlichkeit.

Die Firma R. K. F. Dresser hat Arbeit in Halle und Pöhl. Sie will die Arbeiter zur Akkorarbeit nötigen. Das wollen die Arbeiter nicht. Im Arbeiterrat trat in letzter Zeit ein Wechsel ein, was die Firma bemerkt, um auf andere Wege zu ihrem Ziele zu kommen. Sie legt die Arbeitszeit herab. In diesem Zweck erhofft sie gestern folgenden Anschlag:

Bekanntmachung.

Infolge Arbeitsmangel wird die Arbeitszeit vom Dienstag, den 12. August 1919 auf 24 Stunden pro Woche reduziert. Die Arbeit beginnt morgens 8 Uhr und endet mittags 12 Uhr. Schichtarbeit von 8 Uhr morgens bis 1/4 Uhr nachmittags.

Die Betriebsleitung.

(ges.) Unterschrift.

Der Betriebsrat.

Diese Bekanntmachung ist ohne Zuziehung des Betriebsrats erfolgt. Also ganz so selbstherrlich wie früher. Die Arbeiter wollen sich dem nicht ohne Weiteres fügen.

Der Hamburger Baubeamtenstreik.

Wie der Allgemeine Verband deutscher Baubeamten auf Hamburg erklärt, ist die Infolge des Streikes der Division v. Lettow-Orbed, den Streikposten der Hamburger Banken keine Schwereigkeiten zu bereiten, scheinbar nicht innegiert worden. Da die Beschäftigten der Streikposten seitens der Regierungstruppen im Laufe des Tages fortgesetzt worden sind. Es werden Schritte unternommen, um diesem unverständlichen und parteiischen Verhalten zu begegnen. Die offenbar doch beabsichtigte Wirkung dieses Verhaltens der Truppen ist völlig ungeschicklich. Entsprechend dem mit überwältigender Mehrheit gefassten Streikbeschluss sind die Betriebe der Hamburger Banken vollkommen stillgelegt.

Zum Streik im Versicherungsgewerbe.

Seit Montag, den 4. August, stehen fast sämtliche Angestellte der Preussischen General-Agenturen nicht nur in Berlin, sondern in allen größeren Orten Deutschlands im Ausstand. Zur Durchführung dieses Streiks ist es unbedingt erforderlich, daß sämtliche Kolleginnen und Kollegen volle Solidarität zeigen, wie es auch die am 4. d. M. stattgefundene Delegiertenversammlung aller Versicherungsbetriebe einstimmig zum Ausdruck gebracht hatte, und keine Streikarbeit leisten. Unter Streikarbeit versteht man jede Arbeit, die für einen Preussischen-Generalar-Agenten geleistet wird zu verstehen, einschließlich der Abwicklung des Beiseinvertrages.

Die Streikleitung befindet sich jetzt in London's Preussischen Reichsgericht, St. Janner 6. Alle Kollegen der Preussischen General-Agenturbetriebe wollen sich dortin wenden.

Teuerungszulagen für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Einzelhandel.

Die im Einzelhande, in Waren- und Kaufhäusern usw. beschäftigten gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag abend im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine hartbesuchte Versammlung ab. Kollege Müller vom Holzarbeiterverband gab den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern über die geforderte Teuerungszulage. Nach anfänglich abnehmendem Verhalten der Unternehmer kamen schließlich folgende Vereinbarungen zustande, die vollständig dem entspricht, was den Handlungsgeschäften zugebilligt ist. Es erhalten also ab 15. Juni rückwirkend eine monatliche Teuerungszulage bis zu einem jährlichen Einkommen von 7000 Mark; jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 20. Lebensjahr 40 M., verheiratete ohne Kinder 50 M., mit Kindern über 18 Jahre 65 M., verheiratete mit Kindern bis zum 15. Lebensjahre 80 M.; für jugendliche Arbeiterinnen bis zum vollendeten 20. Lebensjahre 30 M., für Arbeiterinnen vom 21. Lebensjahre ab 45 M., für alleinstehende Frauen mit Kindern bis zu 18 Jahren 65 M. Nach kurzer Diskussion, in der insbesondere die Forderung des lausenden Tarifvertrages geäußert wurde, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, welche sich mit der Teuerungszulage einverstanden erklärt, die bewilligten Sätze aber für zu niedrig hält und die Verhandlungskommission beauftragt, die bestehenden Verträge zu kündigen.

Darauf hielt Ulrich vom Metallarbeiterverband ein kurzes, sachliches Referat über die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenklaffens der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Einzelhande und über die jetzige ökonomische Lage der Arbeiter- und Angestelltenklasse. In der sehr angeregten Diskussion wurde dem Referenten allgemein lebhaft zugestimmt. Ein Mitglied des Transportarbeiterverbandes erklärte namens des Diener- und Transportpersonals der Warenhäuser die vollste Sympathie mit den gewerblichen Arbeitern, welche Zustimmung die Versammlung mit lebhaftem Beifall aufnahm.

Die Tarifkommission berichte dann noch über ihre Arbeit und gab einige Positionen des neuen Tarifs bekannt.

Für die Arbeiter der Schwerfuhrwerksbetriebe ist nach längerer Verhandlungen mit den Unternehmern ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen. In seinen Hauptpunkten sieht der neue Tarif folgende Löhne vor: für Schwerfuhrwerkstaktiker einen Wochenlohn von 114 Mark, für Beschäftigtenstaktiker 98 Mark, für jugendliche Staktiker bis zu 18 Jahren 66 Mark, für Stalleute und Wäcker 114 Mark, für Beschäftigtenstaktiker 114 Mark, für uneheliche Arbeiter 250 Mark pro Stunde. Höhere Löhne bleiben bestehen. Für Heberhunden werden 8 Mark, für Sonn- und Feiertagsarbeit ein Aufschlag von 100 Prozent gezahlt. Diese Erhöhung bringt eine durchschnittliche 27prozentige Erhöhung der jetzt bestehenden Löhne. U. a. o. wird gewährt bei einer Beschäftigungsdauer von 1/2 Jahre 8 Tage, nach 1 Jahr 4 Tage, freigegeben um 1 Tag jährlich bis zur Höchstdauer von 12 Tagen. Kriegsjahre kommen für die Beschäftigungsdauer in Anrechnung. Bei Anstellungen und Entlassungen ist der Arbeiteranspruch zu berücksichtigen. Für die Lohnkommission erhaltene Lohn in der Bestimmung am Sonnabend abend in Gewerkschaftsverband Bericht, hob die wesentlichen Lohnverbesserungen hervor und teilte mit, daß die Vertrauensleute bereits dem Vertrag zugestimmt haben. In der Diskussion wurden nur keine Ausstellungen an dem Vertrage gemacht. Die Abstimmung ergab die fast einstimmige Annahme des Tarifs.

